



Nr. 07 01.09.2011

ROSENSTEIN

**Wir gestalten unsere Stadt
von morgen**

**MEMORANDUM ZUR
BÜRGERMITEINSCHIEDUNG**

ansichten

STADT





DER MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

Grußwort

„Mitbestimmende Teilhabe“
anzuregen und in die Praxis
umzusetzen, steht im Mittelpunkt
der Arbeit des Stadtplanungsforums
Stuttgart.



Je komplexer unsere
Lebenswirklichkeit wird und je
nachhaltiger die Auswirkungen
bestimmter Entscheidungen und
Maßnahmen sind, desto früher und intensiver müssen die
Bürgerinnen und Bürger in Planungs- und
Beratungsprozesse einbezogen werden. Wer am Ende
Zustimmung erreichen will, muss Verfahren so partizipativ
und transparent wie irgend möglich gestalten.

Das Stadtplanungsforum Stuttgart hat in unserer
Landeshauptstadt mit vielfältigen Ideen und Aktivitäten dazu
beigetragen, dass eine lebendige urbane Diskussionskultur
entsteht. Auf allen exekutiven und parlamentarischen
Ebenen werden inzwischen die Impulse aufgenommen, die
vom Stadtplanungsforum ausgehen.

Ich hoffe und wünsche, dass dies in Zukunft verstärkt der
Fall sein wird, und danke den Initiatoren und allen
Mitgliedern des Stadtplanungsforums Stuttgart für ihr
Engagement.

Winfried Kretschmann

Winfried Kretschmann

Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst danken wir Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann sehr für das freundliche Grußwort und die ermutigende Unterstützung, die wir daraus erfahren dürfen.

Den meisten unserer Leserinnen und Leser ist das am 01.10.2002 gegründete Stadtplanungsforum Stuttgart und seine eigene, bundesweit einmalige Zeitung „STADT **ansichten**“ bekannt. Dennoch dürfen wir Aufgabe und Zweck des SPF nochmals beschreiben als Förderung

- der Baukultur und der nachhaltigen Stadtplanung
- des Umwelt-, Landschafts- und Denkmalschutzes
- von Wissenschaft und Forschung auf den Gebieten des Städtebaus und der Architektur
- von Bildung und Erziehung auf den Gebieten des Städtebaus und der Architektur.

Wir sehen unsere Aufgabe nicht allein darin, zu stadtplanerischen Sachverhalten grundsätzlich und detailliert Stellung zu nehmen und konstruktive Kritik zu üben durch die Entwicklung neuer Ideen - wie kürzlich zum Thema „*Stadtmeile statt Kulturmeile*“.

Grund und Anlass für die permanente Weiterentwicklung der **p o l i s** sind fast immer in den Menschen angelegte Beweggründe und Ideen, Wünsche und Forderungen. Im Südwesten der Bundesrepublik mag dies durch den Einfluss des hier ausgeprägteren liberalen Empfindens besonders entwickelt sein.

Das Stadtplanungsforum versteht unter Weiterentwicklung der Stadt nicht nur einzelne Aspekte. Unser Verständnis von Stadtplanung ist um vieles breiter und tiefer gedacht und umfasst die **p o l i s** in ihrer gesellschaftlichen, ökologischen, ökonomischen und künstlerischen Gesamtheit.

Wir sehen die Bürgerinnen und Bürger mit ihren vielfältigen Anliegen, Interessen und Besorgnissen als Gesellschafterinnen und Gesellschafter des Unternehmens „Stadt gGmbH“.



Stadtplanungsforum
Stuttgart e.V.

Mitbestimmung durch Entscheidungs-Teilhabe ist

- gleichrangig und gleichberechtigt - in großen Teilen unserer Arbeitswelt fester Unternehmensbestandteil und zum gesellschaftspolitischen Wert und gut geworden.

Gewerkschaften und Unternehmerverbände haben dies gemeinsam geschaffen.

Warum soll dies nicht auch in anderen Lebensbereichen, z. B. bei Polit-Entscheidungen, gelingen?

Und weil die „immerwerdende Stadt“ ein Forum zur Diskussion braucht, befassen wir uns im Folgenden mit den Aspekten einer künftigen Bürger-Gesellschafter-Mitentscheidung.

Als Gesellschafterinnen und Gesellschafter sollen die Bürgerinnen und Bürger Entscheidungs-Rechte und Verantwortungs-Pflichten gleichermaßen bekommen.

In diesem Sinne wenden wir uns heute mit dem nachfolgenden Memorandum an

- den Herrn Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster
- die Damen und Herren Stadträte
- die Damen und Herren Bezirksvorsteher
- die Damen und Herren Bezirksbeiräte

sowie als Information an

- Frau Regionaldirektorin Wopperer
- die Damen und Herren Regionalräte
- die Damen und Herren der Landesregierung
- die Damen und Herren Landtagsabgeordnete

Hans Werner Kastner

1. PRÄAMBEL

Das Kaiserreich von 1871 bis zur Meuterei und Revolution 1918/19, die Räte-Republik und die sogenannte Weimarer Republik und nicht zuletzt die national-sozialistische Terror-Diktatur ließen den Bürgerinnen und Bürgern keinen Spielraum zur Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft. Ziele und Aufgaben durften weder diskutiert noch definiert werden.

Die alliierten Siegermächte des II. Europäischen Weltkrieges - Großbritannien, Frankreich, UdSSR und USA - bestimmten zunächst Leben und Politik in ihren Besatzungszonen.

Die westlichen Siegermächte - voran die USA - hatten in weit und klug vorausschauender Absicht „*Demokratie von unten*“ eingeführt. Sie wollten in Mitteleuropa kein permanent fremdherrschaftlich bestimmtes, verarmtes, unzufriedenes und unruhiges Land haben und im Zaum halten müssen.

Sie wollten vielmehr dem ausgelaugten und am Boden liegenden deutschen Volk in einem zerstörten Land die Chance geben, sich mit eigener Anstrengung und aus eigener Kraft aus dem Elend und der Zerstörung herauszuarbeiten. Sie wollten, dass Deutschland einer der gesunden europäischen, demokratischen Staaten wird. Mit Hilfe der aus der Diktatur verbliebenen wenigen Demokraten - z. B. Adenauer, Heuss, Ollenhauer - ist dies unter dem hohen körperlichen und geistigen Einsatz der seinerzeitigen Generation gelungen.

Im Herrschaftsgebiet der UdSSR hat die Ablösung der Nazi-Diktatur durch die Kommunismus-Diktatur diesen Weg erst nach dem dortigen Volksaufstand 1989 geöffnet.

Daran muss erinnert werden, wenn heute über Entscheidungs-Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger und damit der Weiterentwicklung des repräsentativ-parlamentarischen Systems verhandelt werden wird.

Es muss auch deswegen daran erinnert werden, weil die politisch heute agierenden Generationen Gott sei Dank diese Lebenserfahrung nicht haben und wohl deswegen der Wert von Demokratie im Bewusstsein zu wenig konkretisiert ist. Es scheint, dass eher der Gebrauch von Macht häufig im Vordergrund steht.

2. POLIT-GESELLSCHAFTLICHE KURZ-ANALYSE

Bürgerinnen und Bürger sind **nicht politik-verdrossen**. Vielmehr besteht in allen Altersschichten ein hohes Interesse an den geistig-intellektuellen und den real-materiellen Polit-Vorgängen und deren Steuerung in unserer Zivilgesellschaft.

Aber gerade diese Steuerung der Vorgänge durch Politiker ist es, die Misstrauen und Ablehnung gegenüber den Steuernden erzeugt. In der Folge und im Extremfall kann dies Demagogen und deren Parteigänger an die Macht bringen.

Lenin und der Kommunismus, Hitler und der NS-Wahn sind wenige unvergessene Beispiele, die zu millionenfachem Tod und billionenfachem Wertverlust geführt haben.

Aber auch der unbeherrschte, ungezügelt und auf egozentriertes Ansehen bedachte Umgang mit Steuergeldern durch Politiker fördert das schon genannte Misstrauen gegenüber den Polit-Steuerern, weil dies zur dritten Inflation und Geldentwertung innerhalb eines Jahrhunderts führen könnte.

Die Bürgerinnen und Bürger sind **politiker-verdrossen**.

3. ZIEL DES MEMORANDUMS

ist es, Wege zu weisen, wie die hohe geistig-intellektuelle Potenz der engagement-bereiten und -fähigen Bürgerinnen und Bürger gegen die Ursachen der Politiker-Verdrossenheit gesetzt werden kann.

Es reicht dazu nicht, dass Bürgerinnen und Bürger zu bestimmten Projekten ihre Meinung sagen dürfen und ansonsten die Regierenden entscheiden.

Mitbestimmende Teilhabe an den Entwicklungen von Anfang an und Teilhabe an den Entscheidungen ist den Bürgerinnen und Bürgern einzuräumen.

Gewählte Volksvertreter erfahren den Willen der Bürgerschaft als Grundlage der eigenen Entscheidungen.

Drei Generationen Bürgerinnen und Bürger haben nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs seit 1945 erlernt, was Demokratie ist und geübt, wie sie praktiziert wird. Die Bürgerinnen und Bürger wollen jetzt Demokratie direkt gestalten.

Die repräsentativ-parlamentarische Demokratie ist behutsam weiterzuentwickeln und umzuwandeln zur plebiszitär-parlamentarischen Demokratie.

4. AKTUELLE WEGE DER BÜRGER-BETEILIGUNG UND DEREN ENTWICKLUNGS-CHANCEN

Das Planungsrecht in Deutschland verfügt über klare und z.T. detaillierte Regelungen zur Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungsverfahren, die in der täglichen Praxis weitgehend zum selbstverständlichen Standard geworden sind.

So gibt es in kommunalen Bauleitplanverfahren die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung schon in der Vorentwurfs-Phase. Es folgt die förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Auslegung von Bauleitplänen.

In beiden Phasen besteht die Möglichkeit für die Öffentlichkeit, Bedenken und Anregungen zu den Plänen zu formulieren, die dann in der Abwägung zum Beschluss berücksichtigt werden müssen.

Ähnliches gilt für Planfeststellungsverfahren zu Vorhaben, die nicht über die Bauleitplanung genehmigt werden.

Diese im deutschen Planungssystem gesetzlich geregelten Beteiligungsmöglichkeiten sind Ausdruck eines demokratischen Grundverständnisses, mit dem über lange Zeiträume gute Erfahrungen gemacht wurden.

Diese demokratisch verankerten Grundrechte sind aber nicht unumkämpft. In den letzten beiden Jahrzehnten gab es immer wieder Angriffe auf die verbürgten Rechte der Öffentlichkeitsbeteiligung. So wurde in der Folge der Wiedervereinigung das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz im Jahre 1993 verabschiedet, in dem die Formen der Beteiligung deutlich beschnitten wurden.

Mit der Novellierung des Baugesetzbuches im Jahr 2004 wurde das vereinfachte Verfahren (§13 BauGB) in der Bauleitplanung eingeführt, das die Beteiligungsmöglichkeiten ebenso einschränkte wie das durch Novellierung des Baugesetzbuches im Jahr 2006 zusätzlich eingeführte beschleunigte Verfahren (nach § 13a BauGB).

Derzeit liegt das sog. Planungsvereinheitlichungsgesetz im Entwurf vor, das bei Planfeststellungsverfahren die Abschaffung des Erörterungstermins vorsehen soll. Dieses Gesetz wurde im Januar 2011 vorläufig auf Eis gelegt.

Diese Entwicklung auf gesetzgeberischer Seite steht im klaren Widerspruch zu dem vielfachen Wunsch von Bürgern, an den Planungsprozessen intensiver beteiligt zu werden. Es muss zur Kenntnis genommen werden, dass Bürger heute zunehmend bei Projekten, die von besonderer öffentlicher Bedeutung sind, aktiv mitwirken wollen.

Bei dem Umbau unserer Gesellschaft in den beiden letzten Jahrzehnten, bei dem es immer stärker darum gegangen ist und nach wie vor geht, die Leistungen des Staates zu reduzieren und die Verantwortung der Bürger in verstärktem Maße einzufordern, muss konsequenterweise auch das Recht auf Mitwirkung stärker verankert werden.

Im Zusammenhang mit einer Weiterentwicklung der demokratischen Kultur werden der Öffentlichkeit, insbesondere innerhalb der Europäischen Union, zunehmend weitere Möglichkeiten der Partizipation an Planungs- und Entscheidungsprozessen eingeräumt. Dabei entwickelt sich die klassische Öffentlichkeitsbeteiligung in der verstärkten Nachhaltigkeitsdiskussion seit der Konferenz von Rio de Janeiro im Jahr 1992 zunehmend zu einer Mitwirkungsmöglichkeit. Die Lokale-Agenda-21-Prozesse sind hier ein gutes Beispiel. Im Planungsalltag bestehen jedoch noch große Unterschiede in der Anwendung der Mitwirkungsmöglichkeiten.

Im Unterschied zu Beteiligungsformen sind Mitwirkungsmöglichkeiten weitgehend neu und werden bislang selten praktiziert, obwohl erfahrungsgemäß komplexe Fragestellungen einen partizipativen Ansatz sinnvoll erscheinen lassen. Es gibt eine Vielzahl von Methoden für die Bürgerbeteiligung. Kennzeichnend für die Methoden der Bürgerbeteiligung ist, dass sie generell diskursive Verfahren darstellen, d.h. der Prozess, wie Probleme erkannt, Erkenntnisse erarbeitet und Lösungsmöglichkeiten entwickelt werden, steht im Vordergrund. Voraussetzungen für eine erfolgreiche Partizipation sind der politische Wille, Zeit und eine professionelle Begleitung.

Partizipation muss gewollt sein. Sie muss frühzeitig einsetzen und ergebnisoffen sein. In der Praxis liegt hier das Problem, dass insbesondere von Seiten der Politik Ergebnisse in einer bestimmten Richtung erwartet werden. Für die Bürger wäre dies ein Grund für Misstrauen und der Verweigerung der Mitarbeit.

Positive Beispiele für aktive Bürger- oder Öffentlichkeitsbeteiligung zeigen aber, dass unter Mitwirkung von Laien z.T. sehr wertvolle Beiträge erbracht werden. Wichtig bei dieser Arbeit ist die Strukturierung des Prozesses und die Begleitung durch externe Moderatoren.

Wenn sich Planer zum Sprachrohr für engagierte Bürger machen und ihnen helfen, ihre Ideen zu artikulieren und zu entwickeln, bestehen große Aussichten, dass verwertbare Ergebnisse und Lösungsansätze erarbeitet werden. Hierzu braucht es jedoch Geld und Zeit; beides muss von der Politik bzw. der Verwaltung bereitgestellt werden.

Es muss die Möglichkeit bestehen, dass die von Laien erarbeiteten Vorschläge Eingang finden in die politischen Entscheidungen. Die Beteiligten müssen auch darüber informiert werden, wie die Planungs- und Entscheidungsprozesse ablaufen und wie die Entscheidungen zustande kommen.

Bei allen Formen der Partizipation ist die Information über Zuständigkeiten und Realisierbarkeiten eine grundlegende Voraussetzung für ein Gelingen und zur Vermeidung von Frustrationen, die letztlich den Trend zu einer Politiker-Verdrossenheit verstärken. Kontraproduktiv ist jeder Verdacht, es handle sich bei derartigen Beteiligungsformen nur um eine vorgeschobene Alibi-Veranstaltung. Insofern muss der Gesamtkontext der jeweiligen Veranstaltung beachtet werden.

Projekte, die mit Hilfe unterschiedlicher Formen der Öffentlichkeits-Mitwirkung realisiert werden, haben in der Regel eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung, wenn sie tatsächlich ergebnisoffen gestaltet wurden. Vermeintliche zeitliche Verzögerungen durch Vorbereitung, Organisation und Durchführung entsprechender Beteiligungsformen können sehr schnell wettgemacht werden, wenn sich langwierige Auseinandersetzungen vermeiden oder reduzieren lassen.

Für die Beteiligten bedeutet die Partizipation immer eine große Möglichkeit zur Identifikation mit dem Vorhaben bzw. mit dem Gemeinwesen. Eine positive Erfahrung wird auch in Zukunft die Bereitschaft zur Mitwirkung erhöhen, was letztlich dem Demokratieverständnis zugutekommt.

Wenn Planungen in Zukunft demokratischer, d.h. unter verstärkter Mitwirkung von Öffentlichkeit und/oder Betroffenen erfolgen sollen, bedarf es einer fachlichen Unterstützung durch Planer, die in der Lage sind, neben eigenen Vorstellungen auch Ideen anderer zu beachten und zu fördern. Hier sind unabhängige Dienstleister gefragt, die in der Lage sind, ggf. komplexe Prozesse und vielschichtige soziale Interaktionen zu begleiten und zu koordinieren.

Mehr Demokratie erfordert mehr offene Planung. Hierfür müssen die künftigen Planer ausgebildet werden, deren Selbstverständnis sich nicht mehr vordergründig an dem genialen Künstlerarchitekten orientieren kann. Künftige Planungen brauchen kreative Ideen.

Eine offene Planung, in die sich auch die Betroffenen einbringen können mit ihren eigenen Ideen, braucht Mediatoren und Moderatoren, sie braucht Politikberater und Kommunikationsexperten.

Nachhaltige Stadtplanung braucht mehr als „Bürgerbeteiligung“. Notwendig ist ein partizipatives Planungsverfahren, das Mitwirkung von unterschiedlichen Gruppen der Bürgerschaft ermöglicht. Eine Dialogphase zu Beginn des Prozesses ist sinnvoll. Darüber hinaus muss aber eine Perspektive aufgebaut werden für Mitwirkung und Mitentscheidung.

Etappen-Ziel sollte die Durchführung von Zukunftswerkstätten mit unterschiedlichen Gruppen sein. Die Ergebnisse der Zukunftswerkstätten sollten öffentlich präsentiert und diskutiert werden, um daraus Prioritäten für die Planung/Wettbewerbe abzuleiten.

Da das Interesse der Bevölkerung an Mitwirkung im Planungsprozess wachgehalten werden muss, ist eine strukturierte Zeitplanung wichtig. Die aktive Mitwirkung in Werkstätten darf sich nicht über längere Zeiträume erstrecken (max. 3 bis 4 Monate). Wenn das Rosenstein-Quartier erst in 10 Jahren bebaut werden kann, muss man klar unterscheidbare Phasen im Planungsprozess vorsehen.

5. WEGE ZUR BÜRGER-MITENTSCHEIDUNG

Orientiert an der Schweizer Direkt-Demokratie hat Dr. Heiner Geißler - über den Inhalt seiner S 21-Schlichtung mag man geteilter Meinung sein - sehr deutlich den Weg gewiesen:

- Diskussion und verbale Formulierung der Ziele und Absichten in Form von Alternativen gemeinsam durch Bürger, Politik und Verwaltung
- Plan-Darstellung der Ziele und Absichten einschl. der diskutierten Alternativen
- Beratung durch Bürger, Politik und Verwaltung über die vorgenannten alternativen Plandarstellungen
- Überarbeiten der alternativen Plandarstellungen durch die Verwaltung
- Auswahl aus den überarbeiteten Alternativen und Entscheidung durch Bürger und Politik
- Realisierung durch öffentliche Hand, Investoren o. ä.

Diesen Weg zu gehen, braucht es den aktiven Willen aller Mandatsträger in Kommunen, Kreisen, Regionen, Land, Bund und Europa.

Es braucht deren Willen, ihre Kompetenzen zu teilen und Teile abzugeben an die Bürger, und dies muss rechtsförmlich beschlossen werden.

Und es braucht den Willen und die Fähigkeiten der Bürger zur Einsicht in Gesamt-Zusammenhänge und zu sachgerechter Mitentscheidung.

Konkret, aber nur beispielhaft, könnten Mitentscheidungs-Verfahren sich beziehen auf

- kommunale Haushaltspläne
- Infrastrukturthermen
- Regionalpläne
- Flächennutzungspläne
- Bebauungspläne
- Projekte in Planfeststellungsverfahren

Konkret, aber nur beispielhaft, könnten Mitentscheidungs-Verfahren gestaltet werden durch die Institutionalisierung von Bürger-Planungsräten. Für diese müssten dann Regularien definiert werden z. B. über

- Rechtsform
- Teilnahme-Berechtigung
- Teilnahme-Registrierung
- Stimmberechtigung
- Vorsitz
- Aufgaben
- Arbeitsweisen
- Abstimmungsquoten

6. SCHLUSSBEMERKUNG

Mit diesem Memorandum ergänzen wir den Brief vom 12.11.2010 an Herrn Oberbürgermeister Dr. Schuster und Herrn Bürgermeister Hahn zu den Themen „Mitentscheidung“ und „Bedarfsermittlung“.

Wir schließen uns auch der Empfehlung von Herrn Dr. Geißler vom 20.11.2010 bei der Diskussion „Stuttgart 21 - Städtebau“ an. Er hat dort Herrn Bürgermeister Hahn empfohlen, beim Rosenstein-Quartier die Bürgerbeteiligung als Pilotprojekt zu praktizieren und fordert daher

- Ziele durch Bürger, Politik und Verwaltung diskutieren und formulieren zu lassen
- über diese Ziele Bürger und Politik entscheiden zu lassen
- anhand der beschlossenen Ziele Pläne zu entwerfen
- die Pläne zwischen den Beteiligten zu diskutieren und dann
- über die Pläne durch Bürger und Politik zu entscheiden.

Vorweg sollte im Sinne unserer heutigen Ziff. 5 zwischen Bürgern und Politik beraten und entschieden werden, wie im einzelnen vorgegangen werden könnte.

Aus dem Pilotprojekt sollten - dem Sinn eines Pilotprojekts entsprechend - die gewonnenen Erkenntnisse ausgewertet und für andere Bürger-Mitentscheidungen angewendet werden.

Wir bieten unsere Mitwirkung bei der Konzeptionierung und ggf. bei der Durchführung der aktiven Beteiligung von Bürgern beim Rosenstein-Quartier an und stehen nach Terminabsprache für ein vorbereitendes Gespräch gerne zur Verfügung.

Stuttgart, den 01. September 2011



- Hans Werner Kastner -
Vorsitzender



- Prof. Dr. Michael Koch -
Stellv. Vorsitzender



SPF - Info 02 - 2011

Aus dem Vorstands-Rechenschaftsbericht des Stadtplanungsforums für 2010

Am 27. Juni 2011 fand unsere Jahresmitgliederversammlung statt. Sie brachte wesentliche personelle Änderungen im Vorstand:

- Dipl.-Ing. Hans Werner Kastner - Architekt und Sachverständiger - blieb Vorsitzender
- Prof. Dr. Michael Koch - Umweltplaner und bisher Beisitzer - wurde Stellv. Vorsitzender
- Dipl.-Ing. Thomas Knöllner - Verkehrsplaner - wurde Schatzmeister
- Dipl.-Ing. Jan-Friese Gauder - Landschaftsarchitekt - wurde Beisitzer
- Dipl.-Ing. Jürgen Guckenberger - Stadtplaner - wurde Beisitzer.

Die wesentlichen Berufszweige sind damit im Vorstand vertreten. Dies verspricht eine fachlich qualifizierte Vereinsführung und es gibt Anlass zu erwarten, dass das Team auch menschlich-charakterlich zusammenpasst.

Mit herzlichem Dank für langjährige Zusammenarbeit wurden verabschiedet Herr Albert Bolay (Stellv. Vors. seit 26.07.2003), Frau Christine Neuberger (Beisitzerin bzw. Schatzmeisterin seit 17.11.2004) und Frau Katja Beck (Beisitzerin seit 10.02.2009).

Über die Arbeit des Vorstands und der Arbeitsgruppen wurde wie folgt berichtet:

1. Zum Projekt „**Quartier S**“ - das wir „**Paulinenviertel**“ nannten - hatten wir unsere Kritik präzisiert und Verstöße gegen das Baugesetzbuch und im Bereich der Umwelt gesehen und vorgetragen.
2. Die Arbeitsgruppe „**Stadtmeile**“ setzte ihre Arbeit fort.
3. Die Arbeitsgruppe „**Halbhöhenlage**“ hat mit ersten Gesprächen begonnen. Das Thema wird vom Vorstand weiter behandelt.
4. Die Arbeitsgruppe „**Hospitalviertel**“ musste ihre Arbeit unterbrechen. Sie wird 2011 fortgesetzt werden mit dem Ziel, auch hier weiter zu denken, als die Stadt es aktuell tut.
5. Die Expertise „**Stuttgart 21 West**“ des Vorsitzenden wurde im Vorstand in den Jahren 2007 und 2008 mehrfach und ohne Einwände zur Kenntnis genommen. Bahn und Politik haben nicht erkannt, dass diese Trasse stadt- und naturschonender und deutlich billiger ist als alle anderen Vorschläge.
6. Am Schickhardt-Gymnasium haben wir im Fach „Natur und Technik“ zum 8. Mal den **Brückenbau-Wettbewerb** betreut.
7. Das Ev. Mörike-Gymnasium haben wir - auf Empfehlung - im Kunstunterricht begleitet bei dem von der LBS Baden-Württemberg u. a. initiierten Wettbewerb „**Jugend baut**“. Spaß und Freude, mit den jungen Menschen zusammenzuarbeiten, waren der Lohn für Schüler und Lehrer.
8. In 2010 wurden außerdem Stellungnahmen erarbeitet
 - zum Verkehrsentwicklungskonzept 2030
 - zu „IKEA im NeckarPark“ mit Alternativ-Vorschlag
 - zur „Hochhaus-Bebauung Pragsattel“ mit Wettbewerbs-Forderungen

9. Unsere beiden Wettbewerbe an Realschulen und Gymnasien

- **DENK - mal - warum pflegen und schützen?**

- **ARCHITEKTUR UND FARBE IN DER STADT**

waren erneut wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Mit ihnen erfüllen wir nicht zuletzt unsere Satzungsaufgaben Förderung des Denkmalschutzes und Förderung der Bildung auf dem Gebiet von Architektur und Städtebau.

Der Rückgang der Teilnehmerzahlen bei unserem Wettbewerb „DENK - mal

- warum pflegen und schützen?“ hat seine Ursache - so sagen Lehrer und Rektoren - in der Einführung des G-8-Gymnasiums ohne grundlegend-dauerhafte Lehrplan-Entrümpelung.

Begründet wurde die Einführung des G-8-Gymnasiums mit dem Verlangen der Wirtschaft, früher als bisher die jungen Menschen zum Studium zu bringen und früher in den Produktionsprozess einzugliedern. Vergessen wird, dass ein korsettiertes Lernen Spiel-Räume - im Wortsinn - nicht zulässt und den natürlichen Reifeprozess der jungen Menschen unterbindet.

Die wirtschaftliche Verwertung junger Menschen - ein perverser Gedanke - kann nicht Ziel einer zeitgemäßen demokratischen Bildungspolitik sein. Der Mensch-Reifungs-Prozess muss Vorrang haben.

10. Die **SPF-Infos** werden im Sinne von Arbeitsteilung künftig von unserem Stellv. Vorsitzenden, Prof. Dr.-Ing. Michael Koch, redigiert und verantwortet.

Ich bin ihm sehr dankbar, dass er mich damit entlastet und begleite seine Tätigkeit.

Ich denke, Sie werden im Herbst erstmals von ihm hören.

11. In 2011 werden wir unter anderem folgende Projekte weiter bearbeiten bzw. neu aufrufen:

a) Mit einem Memorandum wollen wir die Bürgerteilhabe an den Entscheidungen zum „Rosenstein-Quartier“ voranbringen.

b) Unsere Ideen zum Hospitalviertel werden wir ausformulieren.

c) Die desaströse Fritz-Elsas-Straße werden wir untersuchen mit dem Ziel, Vorschläge zu entwickeln. Unter der Leitung von Prof. Everts sind wir hier auf einem guten Weg.

d) Die Arbeitsgruppe 2050 wird eine Veranstaltungsreihe für 2011/2012 unter den verschiedenen Aspekten entwickeln.

e) Zum geplanten Bürgerhaushalt 2012/2013 und dem geplanten Verfahren haben wir Anregungen und Anträge eingebracht zu den Themen

- Berger Steg, der derzeit unzugänglich ist für Fahrräder, Kinderwagen und Rollstühle

- Uferweg Süd von Untertürkheim bis zum Berger Steg, wo der Blick auf das Wasser freigelegt und eine Sichtschutzpflanzung zur B 10 angelegt werden sollte

- kostenloses Parken im steuerfinanzierten, öffentlichen Straßenraum.

f) Unseren Internet-Auftritt werden wir neu gestalten.

Herausgeber: Freier Architekt Hans Werner Kastner
Hoffeldstr. 255, 70597 Stuttgart
für das Stadtplanungsforum
www.stadtplanungsforum.de
Redaktion und Layout: Hans Werner Kastner
Herstellung und Vertrieb: Firma Optiplan GmbH
Kopie + Medientechnik
Schwabstr. 36A, 70197 Stuttgart

Die Auflage von 1.000 Stück **STADT ansichten**
erscheint mit freundlicher Unterstützung von:

 Kopie + Medientechnik	• Kopieren	• Scannen	• Poster/Plakatdruck
	• Drucken	• Digitalisieren	• Direktplattendruck
	• Plotten	• Archivieren	• CD/DVD-Service
Schwabstraße 36A 70197 Stuttgart	Tel.: 0711 / 666 02 - 0 Fax: 0711 / 666 02 - 22	info@optiplan.de www.optiplan.de	

Alle Beiträge sind die Meinung des jeweiligen Verfassers.